BVV SÜDWEST

Journal der CDU-Fraktion Steglitz-Zehlendorf Nr. 43 / 18. Oktober 2025

Haushalt 2026/27 gegen die CDU-Stimmen verabschiedet

Zählgemeinschaft setzt falsche Prioritäten – Es fehlen mehr als acht Millionen Euro

Steglitz-Zehlendorf. Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion hat die Bezirksverordnetenversammlung im September den Bezirkshaushaltsplan für die Jahre 2026 und 2027 verabschiedet. Beim Umfang von 845 Millionen Euro fehlen im neuen Etat mehr als acht Millionen, die bis zur nächsten Budgetplanung wieder eingespart werden müssen. Vier konstruktive Änderungsanträge der CDU-Fraktion lehnte Grün-Rot im Verein mit der FDP ab.

Jeweils rund 845 Millionen Euro ist der Etat für die Jahre 2026 und 2027 schwer. Foto: Marco2811, AdobeStock

„Mehr als zwei Drittel des Haushaltsvolumens gehen in sozial notwendige, aber eben auch in pseudosoziale Leistungen“, klagte CDU-Fraktionschef Torsten Hippe in der BVV. Für Leistungen der Bereiche „Soziales und Jugend“ würden insgesamt 577 Millionen Euro aufgewandt, das sind 68 Prozent. So könne es nicht weitergehen, weder in Deutschland noch im Bezirk. „Wir müssen an diesen größten Ausgabenposten herangehen, die Ausgaben müssen radikal reduziert werden, weg von überzogener Hilfe zur Selbsthilfe.“ Das allgemeine politische Gefasel, wir seien ein reiches Land, sei durch die Realität längst widerlegt worden.

Bäume statt Papier!

Laut Hippe wollte die CDU außerdem verhindern, daß Geld zur Kompensation von Naturschutzeingriffen in sinnlose Gutachten und Konzepte statt in den Wiederaufbau von Landschaft oder in Neupflanzungen gesteckt wird: „Im übrigen muß sichergestellt sein, daß auch aus dem vorhandenen Rest von 448 647,98 Euro kein Konzept, sondern Bäume finanziert werden.“

Die Linkskoalition habe im Bereich der steuerbaren Ausgaben den Haushalt auch noch verschlechtert. „Unseren Vorschlägen, wie wir im Rahmen des Möglichen auch Investitionen tätigen, nämlich in Straßenbäume, die weiter in einem erheblichen Umfang mehr abgängig als neu gepflanzt sind, hat sich die Linkskoalition nicht hingegeben.“ Sie wolle vielmehr in überflüssige Gutachten investieren.

Zum einen wollte die CDU-Fraktion die zweckgebundenen Einnahmen im Umwelt- und Naturschutz ausschließlich für die Neupflanzung von Straßenbäumen verwenden. Zudem sollte festgelegt werden, daß Gutachten und Konzepte ohne Durchführung von konkreten Pflanzungsmaßnahmen, wie beispielsweise „Landschaftsplankonzepte“ oder sonstige abstrakte Erörterungen, auch zur Einflußnahme auf Bebauungen, aus diesem Titel nicht finanziert werden dürfen. Die Zweckbindung Mittel wollte die CDU-Fraktion auch in weiteren Titeln festschreiben und 130 000 Euro in beiden Haushaltsjahren für diesen Zweck „Neupflanzung von Straßenbäumen“ ansetzen. Stattdessen will das Umweltamt des zuständigen grünen Stadtrates Urban Aykal für rund 200 000 Euro ein „Landschaftsplanungskonzept“ finanzieren, um damit in die Erteilung von Baugenehmigungen eingreifen zu wollen. Eine schlüssige Antwort auf die Frage, wie er ein „Landschaftsplankonzept“ gegen Ansprüche auf Erteilung von Baugenehmigungen durchsetzen wolle, sei Aykal schuldig geblieben, so Hippe. Damit sei das Konzept herausgeworfenes Geld.

Verlierer der sehr speziellen Abänderungen der Linkskoalition seien die Bürger dieses Bezirks und zwar durch die Änderungen in noch größerem Umfang: „Hier ziehen wir die Grenze, wir lehnen diesen Haushalt ab.“

Lesen Sie Auszüge aus der Rede von Torsten Hippe auf Seite 2!

Liebe Leser,

Deutschland lebt über seine Verhältnisse. Diese bittere Wahrheit zog sich im September wie ein roter Faden durch die Haushaltsdebatte in der Bezirksverordnetenversammlung. Die nachdenklichen Worte von Torsten Hippe dazu hätten verantwortungsbewußte Bezirksverordnete eigentlich aufschrecken müssen. In drei Kapiteln begründete der CDU-Fraktionschef die gefährliche Schieflage der Staatsausgaben der vergangenen Jahre allgemein und im besonderen von Steglitz-Zehlendorf.

Ein seit Jahrzehnten ständig wachsendes Budget für Soziales haben nicht nur in Berlin – aber hier besonders sichtbar – den Staat an den Rand der Leistungsfähigkeit gebracht. Deutschland lebt über seine Verhältnisse und ist nicht mehr in der Lage, staatliche Kernaufgaben aus seinen Einnahmen zu finanzieren. Jeder dritte Euro des Bundeshaushaltes stammt aus Krediten, zitierte Hippe den Bundesrechnungshof.

Zwar sind Schulden öffentlicher Haushalte zu einem gewissen Ausmaß normal, wenn sie mit Wirtschaftswachstum und zunehmenden Steuereinnahmen einhergehen. Das Gleichgewicht dieser ökonomischen Fakten in Verbindung mit immer höherer Produktivität und mäßigen Lohnerhöhungen waren das Erfolgsrezept der alten Bundesrepublik, das auch die Krisen von 1966, 1974, 1982 und sogar die enormen Vereinigungslasten überstand. Dieses Gleichgewicht ist spätestens seit 2021 gestört, als durch die Fehlentscheidungen der Ampelregierung die Wirtschaftskraft Deutschlands so sehr einbrach, daß die Folgen noch lange spürbar sein werden. Energiekosten und ausufernde bürokratische Schikanen selbst für kleinste Unternehmen, um kaum abzuschätzende Produktionsziele oder weltweite Witterungseffekte zu dokumentieren, lassen die deutsche Wirtschaft nun im dritten Jahr schrumpfen.

Wir können uns das Zukleistern sozialer Probleme mit Geld nicht mehr leisten, stellte Hippe fest. Die nüchternen Zahlen und Fakten hätten die von bürgerlichen Wählern in die BVV getragene FDP-Fraktion dazu bewegen müssen, den CDU-Änderungsanträgen zuzustimmen und den Bezirkshaushalt anzulehnen, der statt sichtbarer Straßenbäume Geld für nutzlose Umweltgutachten vorsieht. Obwohl es ihr „schwerfiel“, stimmte die FDP dem Haushalt zu.

Zwei Jahre nach dem grausamen Massaker der Hamas in Israel hat Steglitz-Zehlendorf am Sdrerot-Platz der 1182 Ermordeten und Gefolterten gedacht und an die 20 überlebenden Geiseln in palästinensischer Gefangenschaft erinnert. Eine stille, würdige Feierstunde, die dort zum dritten Mal Bürger zusammenbrachte. Nachdem die erste dieser Art bereits am 9. Oktober stattgefunden hatte, tobte in den 24 Monaten ein aggressiver Mob auf Berlin Straßen, um den Grund für die Misere in Gaza vergessen zu machen oder das Verbrechen zu feiern. Berlin muß diese extremistischen Gewalttäter in den Griff bekommen.

Ich wünsche Ihnen einen besinnlichen Herbst.
Ihr Martinus A. Schmidt

Neue Stadträtin

Nachfolgerin fürs Bezirksamt benannt

Steglitz-Zehlendorf. Die CDU-Fraktion hat Malgorzata Sijbrandij als Nachfolgerin für Cerstin Richter-Kotowski für die vakante Stelle im Bezirksamt benannt. Die 44-jährige Juristin war bisher Regierungsrätin im Infrastruktur-Ministerium Brandenburgs, ist aber auch in der Steglitz-Zehlendorfer Kommunalpolitik aktiv. Sijbrandij ist verheiratet und Mutter einer Tochter.

FDP macht Geldvergeudung mit

Statt Straßenbäume Reklame für BVV-TV

Steglitz-Zehlendorf. Die bislang wenig gefragten Direktübertragungen der Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung im Internet sollen nun auch noch beworben werden.

Ein Antrag der beiden Verordneten der Linken fand in der Septembersitzung eine Mehrheit in der BVV. Den Vorschlag der CDU, auf das BVV-TV zu verzichten und die 15 000 Euro stattdessen zum Pflanzen neuer Straßenbäume auszugeben, lehnte die Mehrheit aus Grünen, SPD und auch der FDP ab.

Die Zuschauerzahlen dieses BVV-Fernsehens bewegten sich bislang in einem sehr mageren zweistelligen Bereich. Deshalb wollte die CDU-Fraktion auf die weiterere Übertragung verzichten und die Mittel lieber für den Naturschutz ausgeben.

Nach Ansicht der beiden Linken-Verordneten stellt die öffentliche Übertragung der BVV-Sitzungen hingegen eine Art „demokratischer Beteiligung“ dar. Aus diesem Grunde soll der Bezirk nun klassische Werbung für den „Livestream“ auf den Internetseiten der BVV betreiben.

Aus der Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden

Torsten Hippe: „Die Mittelschicht zahlt für fragwürdige Sozialausgaben“

„Wir bekennen uns zum Sozialstaat des Grundgesetzes, Hilfe in Not und den Wechselfällen des Lebens zu leisten, nicht aber zur uferlosen Alimentierung von jedermann – ohne Rücksicht auf persönliche Erwerbsmöglichkeiten, Staatsangehörigkeit oder Kooperationsbereitschaft, etwas zur Gesellschaft beizutragen.“

„Diejenigen, die kein Interesse haben, den freiheitlich-demokratischen Staat zu erhalten, erkennen Sie daran, daß sie die offensichtlichen Probleme im Haushaltswesen nicht beheben wollen, sondern lieber so weitermachen oder noch mehr fordern – in der Hoffnung, den ‚Kapitalismus' durch Pseudo-Sozialausgaben in die Knie zu zwingen.“

„Das Bürgergeld ist tatsächlich ein bedingungsloses Grundeinkommen in Konkurrenz zu einfacher (und höchst ehrbarer) Arbeit. Hat die SPD neben dem Verstand auch den Mut, die Lage zu erkennen, und sie beherrschen zu wollen?“

„Die Mittelschicht zahlt für auch jene, die nichts beitragen, denen jedoch durch Bezahlung von Wohnung, Nebenkosten und sonstigen staatlichen Einkünften mittlerweile ein Lebensstandard garantiert wird, der nicht weit von dem der Mittelschicht entfernt ist.“

„Von einem Jahresvolumen von 845 Millionen Euro im Bezirkshaushalt sind, wenn es hoch kommt, zwölf Millionen Euro steuerbar, der Rest dem Grunde nach festgelegt.“

„Laut Bundesrechnungshof stammt jeder dritte Euro des Bundeshaushaltes aus Krediten. Deutschland lebt strukturell über seine Verhältnisse, es ist nicht mehr in der Lage, staatliche Kernaufgaben dauerhaft aus seinen Einnahmen zu finanzieren.“

„Wir haben kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Die Ausgaben des Bundes sind von 2019 bis 2026 um 75 Prozent gestiegen, 2020 betrug die Verschuldung des Bundes 1300 Milliarden Euro, mittlerweile sind es 1900 Milliarden Euro. Wir sind kein reiches Land, wir waren ein leistungsfähiges Land, doch ist diese Leistungsfähigkeit nach und nach abgebaut worden.“

„Eine Demotivation von Leistungsträgern macht sich in diesem Lande breit, besonders Junge verlassen das Land. Zu selten wird dabei bedacht, daß die Leistungsempfänger über den Umweg staatlicher Finanzierung ihrer Wohnungen und Nebenkosten auch noch den Markt für die Leistungsträger verzerren. Denn im Gegensatz zu einer Mittelschichtfamilie, für die Miete von Wohnraum in Berlin der größte monatliche Ausgabenposten ist, zahlt der Staat praktisch jede Miete und alle Nebenkosten, allein um Obdachlosigkeit zu vermeiden, da die Regelungen zur Begrenzung nicht umsetzbar sind.“

„Durch diese staatlichen Interventionen, neben der Erzeugung von Knappheit auf dem Wohnungsmarkt durch Hinnahme massenhafter Einwanderung entsteht ein Vermietermarkt, der die Preise weiter in die Höhe treibt. Wenn man dann, wie von den Linken gefordert, einen hohen Anteil an Sozialwohnungen mit Mietentwicklungen festschreibt (etwa 50 Prozent), geht das auf Kosten des freien Angebots und zu Lasten der Staatskasse oder der Mietpreise des freien Wohnungsmarktes. Es findet also neben staatlicher Subventionen noch eine in der Verzerrung des privaten Mietmarktes statt. Das Ergebnis sind unbezahlbare Mieten für Selbstzahler, nämlich die Leistungsträger der Mittelschicht.“

„Wer solche Politik ernsthaft verfolgt, legt die Axt an unser Gemeinwesen, ob absichtlich oder nicht. Das ist ein anderes Menschenbild, als wir es vertreten, nämlich das eines vom Staat abhängigen Bevölkerers statt dem des freien Bürgers, der grundsätzlich selbst für sein Leben aufzukommen hat. Erstaunlich, wer sich da über Wahlerfolge einer „alternativen“ Partei wundert.“

„Ich wage die Prognose, daß die alternative Partei ohne Wähler dastünde, weil die CDU allein unser freiheitlich-demokratisch-soziales System wieder in die richtigen Bahnen lenken könnte. Wir schließen uns der Forderung unseres Finanzsenators an, daß sich die Gesellschaft vom verbreiteten Anspruchsdenken verabschieden müsse und wir uns klar darüber werden, welche staatlichen Leistungen wirklich erforderlich sind.“

„Ein Staat, der sich massenhaften Betrug nicht entgegenstellt, macht sich lächerlich, dies gilt nicht nur in diesem Bereich… Befreien wir uns vom Alten und Morschen, vom Hemmenden und schaffen den Sozialstaat neu, weg von der bleiernen Ergebnisgleichheit, hin zur Freiheit, die Produktivkräfte jedes einzelnen neu zu entfachen.“

„Mehr als zwei Drittel des Haushaltsvolumens gehen in sozial notwendige aber eben auch in pseudosoziale Leistungen. Wir brauchen den gesellschaftlichen Konsens darüber, daß grundsätzlich jeder Erwachsene seinen Lebensunterhalt selbst verdienen muß. Seit den achtziger Jahren haben wir unser System der Ausweitung sogenannter Sozialleistungen und der Hilfen zu allem Möglichen unter erheblichem Einsatz von Personal- und Sachmitteln ausgedehnt.“

„Es entsteht der Eindruck, daß wir die Leistungsempfänger zu einem erheblichen Anteil zu Lethargie oder Ausnutzung erzogen haben und einen staatlich alimentierten Wirtschaftszweig von frei getragener Sozialarbeit geschaffen haben, der sich verselbständigt hat. Wir müssen weg von der Erziehung zur Unmündigkeit und Betreuung – hin zu Mündigkeit und Freiheit.“

„Heute sind wir an dem Punkt angelangt, an dem durch die Fehlentscheidungen, besonders der letzten Bundesregierung, die Wirtschaftskraft Deutschlands so eingebrochen ist, daß wir uns das Zukleistern mit Geld schlicht nicht mehr leisten können.“

„Der Bereich ‚Hilfen zur Erziehung' ((angesetzt mit 39 Mio. Euro, es werden eher 50-55 Millionen p.a.) allein ist für das Defizit des Bezirks von über 10 Mio. Euro verantwortlich und schnürt alle anderen Bereiche die Investitionsmöglichkeiten ab. Gehen die Dinge so weiter, wird der Bezirkshaushalt immer weiter ins Minus rutschen. Dem muß Einhalt geboten werden. Die Landes-Zuweisung für diesen Bereich ist völlig willkürlich und eher zu niedrig.“

Bezirksverordneter Michael Zwilling

Verhindert die Bürgermeisterin einen Krankenwagen für Charkiw?

Steglitz-Zehlendorf. Die CDU-Fraktion in der BVV kritisiert die mangelnde Unterstützung für die ukrainische Partnergemeinde Charkiw.

Die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)“ stellt für kommunale Hilfsprojekte Mittel zur Verfügung. In einem Katalog von neun Fragen wollte der CDU-Bezirksverordnete Michael Zwilling wissen, weshalb die Bürgermeisterin keine SKEW-Mittel beantrage, obwohl im Bezirksamt ausdrücklich geschultes Personal für die Antragstellung vorhanden sei.

„Welche konkreten personellen oder finanziellen Kapazitäten fehlen nach Auffassung der Bezirksbürgermeisterin, um den Antrag zu stellen? Welche rechtlichen oder organisatorischen Gründe sprechen nach Ansicht des Bezirksamts gegen eine Beantragung der

Sie erreichen Michael Zwilling per E-Mail an michael-zwilling@t-online.de

von Charkiw dringend benötigten Mittel?“, fragte Zwilling. Habe die Bezirksbürgermeisterin geprüft, ob die Bearbeitung in Zusammenarbeit mit anderen Bezirksämtern oder durch ressortübergreifende Unterstützung erfolgen könnte?

Im Bezirksamt gebe es für solche Prozesse wie die Antragstellung aus dem SKEW-Programm keine ausreichenden Ressourcen, versuchte Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg in der BVV die Untätigkeit ihres Amtes in dieser Frage zu entschuldigen. Nach weiteren Fragen nach ihrem Engagement für die täglich unter Bombenterror leidende Bevölkerung in der nordukrainischen Stadt erklärte die Amtschefin, sie fühle sich persönlich verunglimpft. Sie berichtete von Ukrainern, die sie 2022 bei sich aufgenommen habe.

CDU-Fraktionschef Torsten Hippe schlug als Alternative für die mißglückte Unterstützung von Amts wegen schließlich eine Spendensammlung aller Bezirksverordneten vor und wollte selbst 2000 Euro dazu beitragen.

Besonders die humanitäre Dringlichkeit der Unterstützung für Charkiw aus der aktuellen Kriegssituation ist es, die Zwilling umtreibt. So wollte er wissen, ob dem Bezirksamt bekannt sei, daß kleinere deutsche Kommunen SKEW-Mittel erfolgreich beantragen? „Warum sollte dies ausgerechnet in Steglitz-Zehlendorf nicht möglich sein?“, fragte der CDU-Politiker.

Bezirksverordneter Bernhard Lücke

Resilienz gegen hybride Bedrohungen

Steglitz-Zehlendorf. Um die Widerstandsfähigkeit von Steglitz-Zehlendorf gegen mannigfaltige Bedrohungen zu stärken, will die CDU-Fraktion ein Planspiel erstellen lassen.

Das Bezirksamt werde ersucht, so heißt es im Antrag des Bezirksverordneten Bernhard Lücke, bis zum 30. Juni kommenden Jahres „ein Planspiel zur Stärkung der bezirklichen Resilienz gegen hybride Bedrohungen zu konzipieren.“ Dafür sollten nach Lückes Vorstellung mit Hilfe des Katastrophenschutzes auch übergeordnete Akteure einbezogen werden, externe Expertise zur professionellen Durchführung des Planspiels hinzuzuziehen und die BeVV spästestens sechs

Sie wollen das auch? Nehmen Sie mit uns Kontakt auf, wir werden gemeinsam tätig. B.Luecke@cdusz.de

Monate nach Abschluß des Planspiels über die Ergebnisse und Konsequenzen zur Verbesserung der Abwehrkraft des Bezirks informiert werden.

Hybride Bedrohungen stellen nach Lückes Worten eine zunehmende Herausforderung für die Sicherheit auf kommunaler Ebene dar. Diese führen konventionelle und unkonventionelle Mittel wie Cyberangriffe, Desinformation, wirtschaftliche Destabilisierung und das Ausnutzen gesellschaftlicher Spannungen zusammen. „Berlin als Hauptstadt und die einzelnen Bezirke sind dabei besonders exponiert“, erklärt der CDU-Sicherheitsexperte.

Die Erkenntnisse des Planspiels sollten dann in konkrete Verbesserungsmaßnahmen für die bezirkliche Krisenvorsorge münden. Diese erfordere die systematische Vorbereitung aller relevanten Akteure auf komplexe Bedrohungsszenarien. In einem entsprechenden Planspiel könnten Schwachstellen identifiziert, Abläufe optimiert und die Koordination zwischen verschiedenen Akteuren verbessert werden, ohne daß dabei Schäden entstünden.

BezirksverordneterRalf Fröhlich

Mehr Parkbänke im Heinrich-Laehr-Park

Zehlendorf. Der neue Hauptweg durch den Heinrich-Laehr-Park soll nach dem Willen der CDU-Fraktion in der BVV mehr Parkbänke erhalten.

Ein Antrag des Bezirksverordneten Ralf Fröhlich sieht vor, daß nach den umfangreichen Sanierungsarbeiten den Parkbesuchern auch

Sie erreichen Ralf Fröhlich unter 0179 / 537 93 63 oder per E-Mail an froehlich-ralf@gmx.de.

mehr Abfalleimer zur Verfügung stehen sollen. Damit solle der Park dem veränderten Laufverhalten der Passanten entsprechen, nach dem Ruhezonen benötigt würden. Senioren der Freizeitstätte Süd am Teltower Damm hatten auf den Bedarf hingewiesen.

Verkehrsspiegel für Sundgauer Straße

Zehlendorf. Gegenüber dem Edeka-Markt soll ein Verkehrsspiegel den Kraftfahrern das Einscheren in die Sundgauer Straße erleichtern. In seinem Antrag will der CDU-Bezirksverordnete Ralf Fröhlich damit die Verkehrssicherheit an der Ausfahrt erhöhen. Der Spiegel gäbe den Kraftfahrern, die den Edeka- oder den benachbarten Parkplatz verlassen wollten, Einsicht in die Verkehrslage an der Sundgauer Straße.

Bezirksverordnete Gabriele Grabowski

Braucht das Bezirksamt Ameisen, um „Neu-Lichterfelde“ zu stoppen?

Lichterfelde. Das sehnlichst erwartete Neubauprojekt Neu-Lichterfelde könnte sich erheblich verzögern. Grund ist die Entdeckung eines Waldameisennestes im Baufeld II. Nach den entsprechenden Naturschutzvorschriften müßten die Ameisen vor einem Baubeginn erst umgesiedelt werden.

So soll das neue Quartier in Lichterfelde-Süd einmal aussehen. 2500 Wohnungen sind an der Stadtgrenze geplant. Grafik: Groth-Gruppe

Das veranlaßte die CDU-Fraktion zu kritischen Fragen an Bezirksstadtrat Urban Aykal. „Seit wann“, wollte die Bezirksverordnete Gabriele Grabowski wissen, „war dem Bezirksamt das Vorkommen des Ameisennests im Baufeld II bekannt, und wann wurden die entsprechenden Prüfungen und Gutachten veranlaßt?“

Warum sei die Genehmigung zur Umsiedlung trotz frühzeitig gestellten Antrags (Juli 2025) nicht erteilt worden, obwohl vergleichbare Umsiedlungen auf dem Gelände im August 2024 möglich gewesen seien? „Welche fachlichen Gründe sprechen dagegen, die Umsiedlung der Ameisen noch im laufenden Jahr vorzunehmen?“, so fragt Graboswski weiter. Welche Maßnahmen ergreife das Bezirksamt, um eine baldige Lösung im Sinne des Wohnungsbaus und der Rechtssicherheit für den Investor zu erreichen?

Die Aussicht einer jahrelangen Verzögerung des Baubeginns hat bei den verantwortlichen BVV-Bauexperten erhebliche Unruhe ausgelöst. „Trifft es zu“, fragt die

Sie erreichen Gabriele Grabowski per E-Mail an info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de

Bezirksverordnete, „daß die Bauarbeiten frühestens im Frühjahr 2026 fortgesetzt werden können und sich dadurch der gesamte Zeitplan für das Projekt Neu-Lichterfelde erneut um Jahre verzögere?“ Welche Gespräche, so will die Kommunalpolitikerin weiter wissen, habe das Bezirksamt mit dem Bauherrn geführt, um die Verzögerungen zu minimieren, und mit welchem Ergebnis? So fragt Grabowski nach den finanziellen und planerischen Auswirkungen für das Projekt, wenn sich der Baustart aufgrund der aktuellen Vorgaben erneut erheblich verzögert? Abschließend stellt die Kommunalpolitikerin eine grundsätzliche Frage: „Wie bewertet das Bezirksamt den offenkundigen Widerspruch zwischen dringend benötigtem Wohnungsbau im Bezirk und immer neuen naturschutzrechtlichen Blockaden?“ Laut Aykal sei der Investor auf die Bedenken des Amtes nicht eingegangen.

In Neu-Lichterfelde an der Grenze zu Brandenburg sollen auf rund 37 Hektar Land rund 2500 neue Wohnungen entstehen.

Bezirksverordneter Jens Kronhagel

Ausreichend Parkplätze am Jenbacher Weg

Lichterfelde. Die Weiternutzung der Parkflächen im Jenbacher Weg muß nach Auffassung der CDU-Fraktion zugunsten von Anwohnern und Kleingärtnern ausführlich geprüft werden.

Jens Kronhagel erreichen Sie unter 0172 / 396 70 24 sowie per E-Mail an jens-kronhagel@t-online.de

In einem Antrag des CDU-Bezirksverordneten Jens Kronhagel wird das Bezirksamt gebeten, bei der Berliner Stadtgüter GmbH (BSG) zu ermitteln, ob und zu welchen Konditionen eine Verpachtung dieser Flächen an den Bezirk weiterhin möglich sei.

Die BSG hatte Anfang August Maßnahmen ergriffen, daß Flächen In ihrem Eigentum nicht mehr als Parkplätze genutzt werden könnten. Bei einem Gespräch kurz darauf hatte die BSG erklärt, den Waldrandstreifen möglicherweise an den Bezirk zu verpachten. Dazu müsse der Bezirk zunächst einen Antrag auf „Waldumwandlung“ für den gesamten Streifen stellen, da diese Fläche nach dem Nutzungsplan Waldgebiet sei.

Bei den Anwohnern und Kleingärtnern will Kronhagel ermitteln lassen, in welchem Umfang Interesse an einer entgeltlichen Anpachtung von Flächen zum Parken besteht. Sodann solle der Bezirk nach Vorstellung des CDU-Verordneten für benötigte Flächen einen Antrag auf Waldumwandlung stellen und nach positivem Abschluss des Verfahrens die Flächen von der BSG pachten, um diese weiterhin an interessierte Parkplatznutzer zu verpachten. Zudem möge der Bezirk in der Zukunft überwachen, ob es ab dem Jahr 2026 durch den Wegfall von Parkplätzen im Jenbacher Weg in den angrenzenden Straßen – Schütte-Lanz-Straße, Achenseeweg, Stanzer Zeile, Sondershauser Straße – zu erhöhter Park- und Verkehrsbelastung komme. Das Ergebnis solle, so Kronhagel, dem zuständigen Ausschuß der BVV mitgeteilt werden.

In einem Folgetermin am 19. Oktober 2023 zwischen der BSG und dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf hatten die Stadtgüter eine Anpachtung durch das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf mit der Begründung ausgeschlossen, daß die Anlieger auf ihren eigenen Grundstücken parken könnten und daher kein Bedarf für eine Anpachtung bestehe. Die Anwohner sind nach Kronhagels Darstelllung jedoch anderer Ansicht.

Wie geht es weiter am Kamenzer Damm?

Steglitz. Die CDU-Fraktion ist besorgt über den Stand der Umbauten am Kamenzer Damm. In einer Kleinen Anfrage an das Bezirksamt will der Bezirksverordnete Jens Kronhagel wissen: „Wie ist der aktuelle Stand bei der Planung des S-Bahnhofs Kamenzer Damm durch die Deutsche Bahn AG beziehungsweise die Senatsverkehrsverwaltung?“ Sei damit zu rechnen, so fragt Kronhagel, daß bis zum Ende des kommenden Jahres vor Ort mit Bauarbeiten begonnen werde?

Bezirksverordneter Leonhard Wolters

Veteranentag für ehemalige Bundeswehr-Angehörige

Steglitz-Zehlendorf. Ein Tag zu Ehren von Bundeswehr-Veteranen soll nach Vorstellung der CDU-Fraktion neben dem bundesweiten Gedenktag für ehemalige Soldaten auch im Bezirk begangen werden.

Sie erreichen Leonard Wolters per E-Mail an wolters@cdu-bvv-sz.de

Ein Antrag des Bezirksverordneten Leonhard Wolters sieht vor, den besonderen Steglitz-Zehlendorfer Veteranentag dicht hinter dem nationalen zu veranstalten, also erstmals am 21. Juni 2026.

Einen bundesweiten Gedenktag für ehemalige Bundeswehrsoldaten hatte der Bundestag am 25. April vergangenen Jahres nach einem gemeinsamen Antrag von Union, SPD, FDP und Grünen beschlossen. Seit mehr als 60 Jahren waren Bundeswehrsoldaten in humanitären Einsätzen weltweit unterwegs, nach der Wiedervereinigung in den 90er-Jahren auch als Friedenstruppen im UN-Auftrag

Bezirksverordnete Dr. Sabine Lehmann-Brauns

Platz in Zehlendorf nach Cassino benennen

Steglitz-Zehlendorf. Die CDU-Fraktion möchte die Städtepartnerschaft mit Cassino durch die Benennung einer Örtlichkeit im Bezirk unterstreichen.

Sie erreichen Dr. Sabine Lehmann-Brauns per E-Mail an anwaltskanzlei@bln.de

In einem entsprechenden Antrag der Bezirksverordneten Sabine Lehmann-Brauns wird das Bezirksamt ersucht, eine Straße oder einen Platz in Zehlendorf nach der Partnerstadt Cassino zu benennen. Die CDU-Politikerin sieht darin einen Ausdruck der Versöhnung und der seit Jahrzehnten gewachsenen Freundschaft mit der süditalienischen Stadt 60 Kilometer nördlich von Neapel.

Bekannt wurde Cassino durch die blutige Schlacht am Ende des 2. Weltkrieges 1944 um das Benediktiner-Kloster „Monte Cassino“. 2022 wurde die große Kriegsgräberstätte am Monte Cassino zu einem internationalen Begegnungsort aufgewertet. Der Monte Cassino und die antike Stadt auf der von der Wehrmacht errichteten Verteidigungslinie war 1944 Ziel anglo-amerikanischer Angriffe auf dem Weg vom Süden Italiens nach Rom. Nach der Zerstörung der im 6. Jahrhundert von Benedikt von Nursia an der Stelle der antiken Akropolis errichteten Abtei mit zunächst weitgehend geistlichen und zivilen Opfern wurde auch die Stadt in Schutt und Asche gelegt.

Die Bedeutung der Stadt ist eingebettet in Höhen und Tiefen europäischer Kulturgeschichte. Cassino, das antike Casinum, im Mittelalter bis 1863 San Germano, wurde nach dem Wiederaufbau Universitätsstadt. Casinum wurde bereits im 2. Punischen Krieg erwähnt. Der große Stauferkaiser Friedrich II. traf sich 1230 in San Germano zum Friedensschluß mit Papst Gregor IX.

Cassino liegt ca. 60 Kilometer von Neapel entfernt. Grafik: Michał Ziółkowski, AdobeStock

IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf,
Kirchstraße 1-3, 14163 Berlin,
Tel.: (030) 90 299-53 10,
E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de
V.i.S.d.P.: Torsten Hippe
Redaktion: Martinus Araújo Schmidt

Verlag: FUNKE Media Sales & Services Berlin GmbH, Wilhelmstraße 139, 10963 Berlin, Tel.: (030) 887 277 100

Druck: Axel Springer Druckhaus Spandau
Auflage: 124.190 Exemplare

Haben Sie Anliegen, Beschwerden oder Sorgen? Wir kümmern uns!

Wenden Sie sich an Fraktionsvorsitzenden Torsten Hippe: 902 99 53 10, Fax- 61 10, E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de

Online mehr über unsere Fraktion erfahren: Weitere Infos erhalten Sie auch auf www.cdu-bvv-sz.de

Potsdamer Chaussee

Schule für kranke Kinder entsteht

Zehlendorf. In der Potsdamer Chaussee 90 wird nach Auskunft von Baustadtrat Patrick Steinhoff eine Krankenhaus-Schule entstehen. Sie soll dem Unterricht für schulpflichtige Kinder und Jugendliche in stationärer Behandlung oder in der Tagesklinik dienen, die für längere Zeit oder häufiger nicht am regulären Unterricht ihrer Schule teilnehmen können. Klinikbetreiber sind die Senatsbildungsverwaltung und das Schul- und Sportamt Steglitz-Zehlendorf.

Eine Krankenhausschule kann mehrere Standorte auch in unterschiedlichen Bezirken haben. So wird sichergestellt, daß die für die Unterrichtung von Schülern notwendigen Maßnahmen ergriffen werden können. Die Schulträgerschaft für eine Krankenhausschule, auch wenn sie verschiedene Kliniken, Standorte und Betreiber umfaßt, ist einem Bezirksamt zuzuordnen. Im vorliegenden Fall wird eine Krankenhausschule mit eigener Berliner Schulnummer (BSN) gegründet und betrifft die Standorte des St. Joseph-Krankenhauses in Tempelhof-Schöneberg und der Elisabeth-Klinik in Steglitz-Zehlendorf. Die Beschulung in der Krankenhausschule findet nur während der Behandlung im Krankenhaus statt und richtet sich daher nicht primär nach dem Beginn und Ende des Schuljahres. Das Stammschulverhältnis der Schülerinnen und Schüler bleibt während der Beschulung in der Krankenhausschule weiterhin bestehen.

Städtepartnerschaft seit dem 7. Oktober 2023 besonders gefordert

Am zweiten Jahrestag des Überfalls auf Israel versammelten sich am Sderot-Platz in Zehlendorf zahlreiche Bürger, um der zahlreichen Opfer der Hamas zu gedenken. Foto: M.A. Schmidt

Seit 50 Jahren mit Sderot verbunden

Steglitz-Zehlendorf. Die Partnerschaft mit der israelischen Stadt Sderot steht seit zwei Jahren unter einem besonderen Licht.

Die Stadt im Süden des kleinen Landes nahe dem Gaza-Streifen war durch den Überfall der Hamas-Terroristen am 7. Oktober 2023 als erste in Mitleidenschaft gezogen worden. Mit 1182 unmittelbaren Todesopfern war es der größte Massenmord an Juden seit dem Nationalsozialismus und richtete sich gegen Kibbuzim und das Supernova Musikfestival. Es war der Auslöser für den kurz darauf begonnenen Krieg im Gaza-Streifen.

Am 8. Juli besuchte eine Delegation aus Sderot den Bezirk. Die kleine Gruppe unter der Leitung von Bürgermeister Alon Davidi kam auch zum Sderot-Platz.

Unter Führung der Hamas gemeinsam mit dem Islamischen Jihad drangen Terroristen vom Gaza-Streifen aus nach Israel ein. Nach Raketenbeschuss von Zielen in Israel überwanden die Terroristen die Sperranlage um den Gaza-Streifen und drangen auf israelisches Staatsgebiet vor. Sie überwältigten zahlreiche grenznahe Militärposten und begingen in 21 Kibbuzim, darunter Re'im, Be'eri, Kfar Aza und Nir Oz, grausame Massaker an der Zivilbevölkerung, insbesondere gegen Frauen. Israelischen Angaben zufolge wurden beim Angriff 1139 Menschen ermordet oder im Kampf getötet – darunter 695 israelische Zivilisten, einschließlich 36 Minderjähriger, 373 Mitglieder der israelischen Sicherheitskräfte und 71 Ausländer.

Die unerträglichen Bilder, von den Terroristen selbst aufgenommen, zeigen entsetzliche Greueltaten, gnadenloses Abschlachten von Wehrlosen, darunter Kleinkindern, Frauen und gebrechlichen Alten. Mehr als 200 Menschen entführten die Hamas-Verbrecher, von denen viele seitdem in Geiselhaft zu Tode gequält wurden.

Der jüngste war der acht Monate alte Kfir Bibas. Der Junge wurde am 18. Januar 2024 erst ein Jahr. Seine Eltern und sein vier Jahre alter Bruder Ariel wurden ebenfalls entführt. Im Februar 2025 wurde der Tod von Kfir, Ariel und Schiri Bibas bekannt.

Bezirksbroschüre kostenlos erhältlich

Der neue Wegweiser ist da

Steglitz-Zehlendorf. Die neue Bezirksbroschüre für Steglitz-Zehlendorf ist nun erhältlich. Der „Wegweiser durch den Bezirk" steht allen interessierten Bürgern sowohl gedruckt als auch als PDF-Datei zum Download zur Verfügung.

Mittelpunkt der Ausgabe sind Themen aus dem Bezirk wie Kulturangebote, Unterstützung für Familien und Ältere sowie die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements. Auch digitale Angebote der Verwaltung, aktuelle Bau- und Infrastrukturprojekte und Informationen über besondere Orte im Bezirk werden dargestellt. Ergänzt wird die Broschüre durch Inhaltsverzeichnisse nicht nur aus der Verwaltung, Serviceinformationen und zahlreiche Hinweise auf Freizeit-, Sport- und Beratungsangebote.

Der „Wegweiser durch den Bezirk" ist kostenfrei in den Bürgerämtern, allen Rathäusern sowie in den öffentlichen Bibliotheken des Bezirks verfügbar. Darüber hinaus kann er über die Publikationsdatenbank des Bezirks kostenfrei heruntergeladen und auch per Post nach Hause bestellt werden.

Die aktuelle Broschüre steht auch im Internet zum Download bereit. Zu finden ist sie unter: *www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/service/publikationen*

kurz & knapp

Bezirksmedaille an drei verdiente Steglitz-Zehlendorfer

Steglitz-Zehlendorf. Bezirksverordnetenvorsteher René Rögner-Franke hat am 10. Juli drei Steglitz-Zehlendorfer mit der diesjährigen Bezirksmedaille ausgezeichnet. Lothar Beckmann erhielt sie für sein jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement, besonders für den Heimatverein Zehlendorf und der Arbeit am „Jahrbuch Zehlendorf". An Cornelia Mühlhoff ging die Ehrung für ihren Einsatz für die Pflege und Verschönerung des Steglitzer Markusplatzes. Dazu gehört die Organisation nachbarschaftlicher Begegnungen in Südende. Günther Schulze wurde geehrt für seinen langjährigen Einsatz für Flüchtlinge im 2014 von ihm ins Leben gerufenen „Willkommensbündnis Steglitz-Zehlendorf."

BVV-Sondermittel für TuS Lichterfelde

Lichterfelde. Die Bezirksverordnetenversammlung wird dem TuS Lichterfelde von 1887 e.V. 6500 Euro aus Sondermitteln der BVV für ein Wettkampf-Trampolin zur Verfügung stellen. Das beschloß die Versammlung auf ihrer Sitzung am 24. September. Der Sportverein in der Krahmerstraße ist einer der ältesten in Berlin und in 18 Abteilungen von Akaido bis Wasserball unterteilt.

Bilder aus dem Bezirk

Gedenken an den 13. August

Vertreter von Steglitz-Zehlendorf und der Gemeinde Kleinmachnow gedachten am 13. August der tragischen Ereignisse vor 63 Jahren. An Gedenksteinen erst auf Berliner Seite, dann in Kleinmachnow legten BV-Vorsteher René Rögner-Francke und die Vorsitzende der Gemeindevertretung Kleinmachnow, Kathrin Heilmann, Kränze nieder und erinnerten an die brutale Abtrennung West-Berlins durch die DDR-Machthaber. An der Gedenkstunde nahmen auch die Präsidentin des Abgeordnetenhauses Cornelia Seibeld, die Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg sowie zahlreiche Bezirkspolitiker teil. Foto: M.A. Schmidt

Verwüstungen durch die Schweine

Siedlungen am Rande des Bezirks oder nahe dem Grunewald wie in Dahlem sind immer wieder Verwüstungen von Wildschweinen ausgesetzt. In der kalten Jahreszeit fühlen sich die Tiere wie auch Füchse oder Waschbären von menschlichen Behausungen (wie hier in der Zehlendorfer Sachtlebenstraße) besonders angezogen. Foto: M.A. Schmidt